

„Wir sind die Letzten, die Krieg wollen“

Während Politiker „Kriegstüchtigkeit“ als Ziel markieren, mahnt Oberstleutnant Tobias Brösdorf zur Nüchternheit. Ein Gespräch über Pazifismus, Loyalität und gesellschaftliche Resilienz

SOPHIE-MARIE SCHULZ

In Deutschland wird wieder über Krieg gesprochen. Laut, schrill, angsterfüllt. Begriffe wie „Kriegstüchtigkeit“ wandern aus politischen Reden in Wohnzimmer, Talkshows und Klassenzimmer. Die Präsenz des Themas erzielt die gewünschte Wirkung: Immer mehr Menschen fragen sich, ob ein Land, das jahrzehntelang in der Gewissheit des Friedens gelebt hat, plötzlich wieder lernen muss, sich zu verteidigen. Eine zentrale Frage bleibt dabei unterbelichtet: Was bedeutete das überhaupt, ganz konkret?

Seit mehr als drei Jahrzehnten bewegt sich Oberstleutnant Tobias Brösdorf – aufgewachsen in der DDR, geprägt von einem Staat, der Loyalität einforderte – an der Schnittstelle zwischen Truppe und Gesellschaft.

In unserem Interview spricht der 50-Jährige darüber, warum er Soldaten für „die größten Pazifisten“ hält; weshalb er jeden versteht, der den Dienst an der Waffe ablehnt; und warum er die politische Rhetorik rund um den „Neuen Wehrdienst“ und die Wehrpflicht für irreführend hält.

Herr Brösdorf, Sie sind seit über 30 Jahren bei der Bundeswehr. Was löste damals Ihre Entscheidung aus, Soldat zu werden?

Kurz gesagt: Meine Kindheit und Jugend in der DDR waren ausschlaggebend.

Inwiefern?

Ich bin in Mühlhausen in Thüringen geboren und aufgewachsen. Von Kindesbeinen an wurde uns vermittelt: Wenn du etwas vom Staat willst, musst du etwas für den Staat tun. Gerade nach der Wende hat mich dieser Gedanke nicht losgelassen. Nach meinem Abitur 1994 habe ich mir folgende Frage gestellt: Was mache ich mit dieser neu gewonnenen Freiheit und welchen Beitrag kann ich leisten, damit sie erhalten bleibt?

Schlussendlich habe ich mich auch aufgrund der Möglichkeit für ein Studium an der Bundeswehr-Universität für die Offizierslaufbahn entschieden. Am Ende zählt aber etwas anderes.

Das wäre?

Die intrinsische Motivation. Ohne eine echte innere Überzeugung geht man diesen Weg nicht. Und die hatte ich.

Gab es auch Phasen, in denen Sie sich gefragt haben: War das tatsächlich die richtige Entscheidung?

Ja, die gab es. Während meines Studiums der Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr in München habe ich sehr tief ins System geschaut und vor allem auch seine Schwächen kennengelernt. Da fragt man sich schon: Will ich dafür wirklich dauerhaft Verantwortung übernehmen? Rückblickend war diese Zeit eine sehr schwierige Phase. Ich war mir damals unsicher, ob ich wirklich Berufssoldat werden wollte.

Wenn Sie von Schwächen des Systems sprechen, was meinen Sie damit konkret?

Nach der Wiedervereinigung hatte ich ein Idealbild des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Augen. Im Studium wurde mir schnell klar: Auch unser System hat Schwächen. Es gab und gibt bis heute viele Baustellen, und Verteidigung gehört gesamtgesellschaftlich betrachtet ganz klar dazu. Gleichzeitig gab es in den 90ern große gesellschaftliche Debatten. Der Slogan „Soldaten sind Mörder“ und Diskussionen über Wehrge-

rechtigkeit und Friedensdividende machten die Runde. Das war für aktive Soldaten sehr belastend und hat mich ins Grübeln gebracht: Will ich dafür dauerhaft eintreten?

„Über Krieg kann nur reden, wer ihn erlebt hat.“ Stimmen Sie dem zu?

Ja. Ich würde mir nie anmaßen zu behaupten: Ich weiß, wie es ist, wenn scharfe Munition um einen herum einschlägt. Übungssituationen sind hilfreich und geben einem eine Vorstellung davon. Aber wie es sich anfühlt, wenn es wirklich um Leben und Tod geht, das weiß nur, wer es erlebt hat.

Vor dem Ukrainekrieg spielte die Bundeswehr in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle. Wurde sie ignoriert, geduldet oder einfach unterschätzt?

Seit dem Ende des Kalten Krieges herrschte das Gefühl vor: Wir sind von Freunden umgeben, wir sind eingebettet in Bündnisse, uns kann nichts passieren. Man nannte das mal „freundliches Desinteresse“. Die Bundeswehr war da, aber sie betraf das eigene Leben nicht. Das hat sich ab der russischen Annexion der Krim 2014 langsam verändert und seit Beginn des Ukrainekriegs schlagartig geändert.

Ein Wort, das seitdem immer wieder auftaucht, ist „kriegstüchtig“. Wie bewerten Sie diese Rhetorik, die vielen Menschen Angst macht?

Ich nutze diesen Begriff bewusst nicht, weil ich ihn für überzogen halte. Er ist hart und politisch gesetzt. Aber er hat Wirkung.

Diese wäre?

Er zwingt eine friedensorientierte Gesellschaft dazu, sich zu fragen: Was trage ich eigentlich dazu bei, dass wir unsere Freiheit erhalten? In dieser Hinsicht ist der Begriff ein Weckruf. Für das, was wir konkret tun müssen, ist er trotzdem nicht passend.

Welche Begriffe halten Sie für angemessen?

Ich spreche lieber von gesamtstaatlicher Resilienz. Verteidigungsfähigkeit ist nur ein Teil davon. Katastrophenschutz, Schutz kritischer Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, all das gehört dazu.

Und trotzdem: Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen realistischem Warnen und gefährlichem Dramatisieren?

Angst zu erzeugen ist niemals eine Lösung. Wer rhetorisch überzieht, überschreitet eine Grenze. Trotzdem ist klar: Die Lage ist ernst, vor allem, was hybride Bedrohungen betrifft. Wir müssen sensibel und resilient werden. Dennoch gebe ich Ihnen recht. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht überdrehen, und an manchen Stellen – bezogen auf die Rhetorik – sind wir aktuell deutlich über das Ziel hinausgeschossen.

Wie lässt sich die Wehrpflichtdebatte wieder auf ein sachliches Niveau bringen?

Zuvor stellt sich eine andere Frage: Warum haben wir die Wehrpflicht und damit die Wehrerfassung überhaupt ausgesetzt? Ich halte das rückblickend für einen Fehler. Man hätte wissen müssen, dass die Bundeswehr ohne Wehrerfassung in ein massives Personalproblem läuft. Wir als Verband fordern seit Jahren nicht die Rückkehr der Wehrpflicht, sondern eine allgemeine Dienstpflicht. Denn Verteidigungsfähigkeit ist nur ein Teil der gesamtstaatlichen Resilienz. Wer den Wehrdienst verweigert oder ablehnt, muss selbstverständlich eine zivile



Hält aktive Kampfhandlungen in Deutschland für sehr unwahrscheinlich: Oberstleutnant der Bundeswehr Tobias Brösdorf

THOMAS MEYER/OSTKREUZ

ZUR PERSON

Tobias Brösdorf ist Oberstleutnant bei der Bundeswehr und Bundesvorsitzender des Verbands der Soldaten der Bundeswehr e.V. Aufgewachsen in Thüringen, trat er 1994 nach dem Abitur in die Streitkräfte ein und studierte Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr in München. Seit über 30 Jahren dient er in diversen Führungs-, Ausbildungs- und Personalvertretungsfunktionen.

Alternative haben: zum Beispiel THW, Rotes Kreuz, Feuerwehr, DLRG.

Für Sie gehört zur Wehrpflicht-Debatte zwingend auch die Frage: Wer hält im Ernstfall den Rest der Gesellschaft am Laufen?

Genau. Naturkatastrophen oder Angriffe auf kritische Infrastruktur treffen uns alle. Beim Ahrtal haben wir helfen können, weil wir gerade verfügbar waren. Aber was, wenn wir es nicht sind? Eine Dienstpflicht kann helfen, Fähigkeiten aufzubauen, die wir in solchen Situationen brauchen.

Für alle?

Ja. Männer und Frauen gleichermaßen. Und der Schwerpunkt muss auf den zivilen Diensten liegen. Das schafft Gerechtigkeit und stärkt uns als Gesellschaft.

Der Gesetzentwurf zum „Neuen Wehrdienst“ sieht vor, dass ab Anfang 2026 alle 18-jährigen Männer verpflichtend gemustert werden. Frauen nicht. Zudem soll der Wehrdienst zunächst freiwillig bleiben, sollte das nicht reichen, ist eine Pflichtausgestaltung denkbar. Der Bundestag wird voraussichtlich Anfang Dezember darüber abstimmen. Angesichts solcher Signalwirkung und Begriffen wie „Kriegstüchtigkeit“ fühlen sich viele Menschen nicht nur verunsichert. Sie haben Angst. Können Sie das nachvollziehen?

Absolut. Die aktuelle Kommunikation erzeugt maximale Verwirrung. Das wird dem Ernst der Lage in keiner Weise gerecht. Wir als Verband lehnen den Gesetzentwurf nicht grundsätzlich ab. Der zentrale Punkt, die Reaktivierung der Wehrerfassung, wurde aufgenommen. Ob ein Fragebogen das ideale Instrument für die Musterung ist, muss sich zeigen. Wesentlich ist, dass wir wieder wissen, auf welche personellen Ressourcen wir im Ernstfall zurückgreifen können.

Aktuell ist die Zahl der Kriegsdienstverweigerungen so hoch wie seit 2011 nicht mehr. Verständlich.

Warum?

Wegen der politischen und medialen Rhetorik, über die wir bereits gesprochen haben. Wir vermitteln jungen Menschen gerade vor allem eines: Wenn du dich für dein Land engagierst, riskierst du Krieg. Das ist falsch. Wissen Sie, wenn einer sagt, „Ich werde keine Waffe in die Hand nehmen“, dann ist das völlig legitim. Das Problem ist nur, dass es noch andere Optionen gibt, als umgehend zu verweigern.

Und zwar?

Wir müssen weg von der Verengung auf den Wehrdienst. Wenn wir über Sicherheit reden, geht es um mehr: Pflege, Feuerwehr, Katastrophenschutz. Der Wehrdienst ist nur ein Teil davon.

In vielen europäischen Ländern – Frankreich, Spanien, sogar Luxemburg – ist es selbstverständlich, dass auch Nichtstaatsbürger in Uniform dienen. In Deutschland dagegen gilt die Bundeswehr als Bürgerarmee. Warum tun wir uns so schwer mit dem

Gedanken, eine Fremdenlegion oder ausländische Freiwilligeneinheiten zuzulassen?

Weil wir die Bundeswehr aus der Mitte der Gesellschaft rekrutieren und nicht außerhalb von ihr. Eine Fremdenlegion oder Söldnerarmee widerspricht diesem Grundprinzip. Es geht um intrinsische Motivation: Dienst am eigenen Land.

Wenn Loyalität der Maßstab ist: Warum entziehen sich so viele deutsche Staatsbürger dem Wehrdienst? Haben die Deutschen ein Loyalitätsproblem?

Nein. Nicht jeder, der keinen Dienst an der Waffe leisten möchte, ist illoyal. Viele haben gute, zutiefst persönliche Gründe. Und diese Gründe muss man akzeptieren. Deshalb ist es so wichtig, Ersatzdienste zu stärken. Eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn man unterschiedliche Wege anbietet, sich einzubringen.

Also liegt das Problem weniger in fehlender Loyalität als in fehlender Differenzierung? Exakt!

Wie bewerten Sie als Soldatenvertreter, dass die Friedensbewegung in den vergangenen drei Jahren wieder zu einer sichtbaren Kraft geworden ist?

Positiv. Wir Soldatinnen und Soldaten sind die Letzten, die Krieg wollen, denn wir wären die Ersten, die dafür ihren Kopf hinhalten müssen. In diesem Sinne sind wir oft die größten Pazifisten, auch wenn das paradox klingt.

Das klingt tatsächlich paradox, insbesondere dann, wenn man immer wieder davon liest, dass waffenaffine Personen bei der Bundeswehr dienen.

Natürlich gibt es vereinzelt Menschen, die eine gewisse Faszination für den Krieg haben, aber das ist ein extrem kleiner Teil, und ich kann Ihnen versichern: Die würden in einem Einsatz niemals vorne stehen. Entscheidend ist: Eine Bewegung, die sich für die Bewahrung von Frieden einsetzt, ist wichtig und verdient Respekt. Diese Debatte muss parallel zur Diskussion über Wehrhaftigkeit geführt werden. Alles andere würde in eine militarisierte Gesellschaft führen. Das will niemand.

Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass Deutschland innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre selbst zum Ort militärischer Auseinandersetzungen wird?

Aktive Kampfhandlungen in Deutschland halte ich für sehr unwahrscheinlich. Demgegenüber müssen wir uns auf eine Zunahme von Cyberangriffen oder hybriden Attacken sowie Destabilisierungsversuche der Gesellschaft gefasst machen. Die Lage ist ernst, aber nicht dramatisch im Sinne eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs. Die Gefahr existiert, aber sie bedeutet nicht automatisch, dass der Krieg nach Deutschland kommt. Dennoch ist es mir wichtig zu betonen, dass diese Frage sich nicht eindeutig beantworten lässt. Alles andere wäre spekulativ, und für sowas sind mir die Themen zu ernst.